

Schwarz-gelbe Lebenshilfe

Vom Betreuungsgeld bis zur „Sperrstunde“

Viele Familien in ganz Deutschland haben im Juni ein „schwarz-gelbes Wunder“ erlebt. Borussia Dortmund hat zum zweiten Mal hintereinander die Deutsche Fußballmeisterschaft in den Ruhrpott geholt und die Spieler von Bayern München im Berliner Olympiastadion mit einem 5:2 vorgeführt.

Leider bescheren uns die Spieler der schwarz-gelben Bundesregierung in diesem Jahr kein Sommermärchen, sondern glänzen mit unsinnigen und ideologischen Vorschlägen in der politischen Sommerpause bei der Jugend- und Familienpolitik. Die Debatte um die Einführung des Betreuungsgeldes wurde von Familienorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, kommunalen Verbänden und quer durch alle politischen Parteien öffentlich sehr kontrovers geführt. Aus meiner Sicht zu Recht. Aber was plant die Bundesregierung überhaupt mit dem Betreuungsgeld? Die Bundesregierung möchte Familien eine finanzielle Leistung zahlen, die ihre unter dreijährigen Kindern zu Hause erziehen und sich gleichzeitig gegen eine öffentlich finanzierte Bildungseinrichtung entscheiden. Ich stelle mir die Frage: Warum sollen Eltern Geld dafür bekommen, dass sie eine öffentliche Einrichtung nicht nutzen? Stellen Sie sich einmal vor, dass Sie in Zukunft auch Geld dafür bekommen, wenn Sie versprechen, nie wieder in eine öffentliche Bibliothek oder in ein subventioniertes Theater zu gehen? Dieses abenteuerliche Instrument, mit dem diejenigen belohnt werden, die eine staat-

liche Leistung nicht in Anspruch nehmen, soll nach dem Willen der Regierung nach der Sommerpause beschlossen werden. Der nationale Bildungsbericht von Bund und Ländern warnt eindringlich vor der Einführung des Betreuungsgeldes und sieht durch diese geplante Einführung den beschlossenen und notwendigen Ausbau der Kindertagesstätten für gefährdet. Diese Gefährdung bzw. die Inkaufnahme dieser Gefährdung des im Jahr 2007 verabredeten Kita-Ausbaus und der zu realisierende Rechtsanspruch ab 2013 auf einen Kindergartenplatz wären ein fatales Signal. Leidtragende wären vor allem die Kinder. Aktuelle Untersuchungen belegen eindeutig den herausragenden Nutzen für eine frühkindliche Bildung in Betreuungseinrichtungen.

Kritik aus allen Ecken

Auch aus den Reihen der Koalition und von den eigenen Experten der Bundesregierung gibt es kritische Stimmen zu diesem Vorhaben. Bereits 2007 äußerte sich Dorothea Bär (Bundestagsabgeordnete der CSU und seit 2009 Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) gegenüber der Bayerischen Staatszeitung: „Ich halte gar nichts von dem Betreuungsgeld. Die Prämie dient allein dazu, konservative Wählerschichten ruhig zu stellen, die häusliche Kinderbetreuung ablehnen.“ Dieser kurzen Zusammenfassung ist nichts hinzuzufügen.

Neben dieser konservativen Rolle rückwärts möchte Unionsfraktionschef Volker Kauder auch das Elterngeld auf den Prüfstand stellen. Dagegen spricht die CDU-Familienministerin Kristina Schröder. Erst kürzen, dann demontieren? Worauf können sich Eltern bzw. Paare, die Kinder in die Welt setzen wollen, noch verlassen? Für die CDU-Ministerin Kristina Schröder ist die Sommerpause nicht kurz genug, um noch mit einem weiteren Vorschlag um die Ecke zu kommen. So fordert Frau Schröder, Jugendlichen unter 16 Jahren ab 20 Uhr den Zutritt zu Veranstaltungen zu verbieten, auf denen Alkohol ausgeschenkt wird. Diese „Sperrstunde“ soll nach Ansicht der jungen Ministerin dem so genannten „Koma-Saufen“ vorbeugen. Nur leider geht dieser Ansatz weit an der Realität vorbei. Häufig findet das „Koma-Saufen“ in erster Linie nicht auf Veranstaltungen, sondern im privaten Bereich oder im öffentlich Raum mit privat gekauftem Alkohol statt. Eine Erklärung für diese Uhrzeit gibt es bisher nicht. Das Jugendschutzgesetz gibt diese Anwesenheitsbeschränkung jedenfalls nicht her. Für mich verlassen die CDU-Ministerin und ein großer Teil der schwarz-gelben Regierungsmannschaft mit ihren jugend- und familienpolitischen Forderungen den breiten gesellschaftlichen Konsens und vergessen die eigentlichen Bedürfnisse von Eltern, Jugendlichen und Kindern in unserem Land. Dazu zählt auch politische Verlässlichkeit.

Alexander Ewers

BVV verabschiedet Doppelhaushalt 2012/13

Zustimmung und Kritik der SPD-Fraktion



Knappe Kassen auch im Etat von Reinickendorf.

Foto: Borkenhagen

In den Sommerferien gab es für viele Vereine und Behörden finanzielle Gewissheit. Mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2012/13 im Berliner Abgeordnetenhaus im Juni endete die eingeschränkte Haushaltswirtschaft in Land und Bezirken. Nunmehr können freie Träger, Schulen und öffentliche Einrichtungen mit den ihnen zugewiesenen Geldern verlässlich wirtschaften. Vor dem Abgeordnetenhaus hatte bereits die Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung den Bezirkshaushaltsplan beschlossen – und wer genauer hinschaut, bemerkt schnell: Auch im Bezirk zeigt sich mit dem Haushaltsbeschluss der rote Faden der Bezirkspolitik.

Reichlich verspätet konnte der Haushalt beschlossen werden. Durch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und in den Bezirken im vergangenen Herbst trat er erst ein halbes Jahr später als üblich in Kraft. Auch in Reinickendorf konnte bis dahin nur das gesetzlich vorgeschriebene finanziert

werden. Für die SPD im Reinickendorfer Rathaus machte ihr haushaltspolitischer Sprecher Thorsten Koch deutlich: „Dieser Haushalt macht die Vorhaben möglich, die uns wichtig sind.“ Insgesamt sind für beide Jahre jeweils rund 490 Millionen Euro veranschlagt, wobei gesetzliche Vorgaben etwa zu Sozialleistungen und Personalausgaben einen großen Anteil nicht zu beeinflussender Ausgabenansätze darstellt. Schwarz-Grün verteilt jedoch auch „ungedechte Schecks“, so die Kritik der Sozialdemokraten. Es sollen zum Beispiel die Zuwendungen an die Freien Träger für die Jugendarbeit entsprechend dem Abschluss der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes erhöht werden, ohne für diese Mehrausgaben eine Gegenfinanzierung festzulegen. „Durch die fehlende Finanzierung im Haushalt ist unklar, wo das erforderliche Geld herkommt. Es besteht die Gefahr, dass am Ende noch unbekannte Einsparungen an anderer Stelle zur Gegenfinanzierung herhalten müssen“, zeigte sich der Haushälter der SPD-Frak-

tion besorgt. Erfreulich ist für die Sozialdemokraten, dass die bezirklichen Einrichtungen durchweg erhalten werden konnten. Reinickendorf steht damit besser da als viele andere Bezirke. Mit Kritik an der schwarz-grünen Bezirksmehrheit sparten die Sozialdemokraten jedoch nicht. Besonders die Beteiligung der Bürger/innen und der Schulen mit den Eltern und ihren Schüler/innen lägen CDU und Grünen nicht am Herzen. So lehnten beide Parteien etwa Anträge der SPD-Fraktion ab, dass bei zukünftigen Investitionen die Schulen mit ihren Beteiligten stets frühzeitig in den Entscheidungsprozess einzubinden seien. Wenn es konkret würde, sei es „mit der Bürgerbeteiligung bei CDU und Grünen nicht weit her“, so Koch. Die SPD Reinickendorf wird sich für Bürgerbeteiligung weiterhin genauso einsetzen, wie für diejenigen, die im Bezirk nur eine schwache Stimme haben. So stehen die Sozialdemokraten für eine Reduzierung der dringend benötigten Obdachlosenplätze auch zukünftig nicht zur Verfügung.

red.



Thorsten Koch, Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV

Foto: RZ

Frauen im Zoo



Auf Einladung von Zoodirektor Dr. Bernhard Blaszkewitz (Mitte) konnten die Vorstandsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Daniela Schacht (l.) und Nicole Borkenhagen (r.) mit zumeist alleinerziehenden Reinickendorfer Frauen und deren Kindern am 17. Juli einen ausgiebigen Zoobesuch machen. Foto: RZ

Besuch im Medical Park



Mechthild Rawert (Zweite v.r.), Gesundheitsexpertin der SPD-Bundestagsfraktion und seit 2009 als Bundestagsabgeordnete zuständig für die Betreuung des Bezirks Reinickendorf, besuchte Anfang August gemeinsam mit Reinickendorfer Bürgerinnen die international renommierte Rehabilitationsklinik Medical Park in Tegel und informierte sich über die Besonderheiten dieser Einrichtung, die zu weltweiter Anerkennung geführt haben. Foto: RZ

Anzeige

Reinickendorf
SPD

3. Familienfest Lübars

Sonntag, 19. August 2012
11.00 – 17.00 Uhr
Familienfarm Lübars

Kinderprogramm:
Ponyreiten
Schminkstand
Hüpfburg
und vieles andere

Marktstände
Sportangebote
Familienrallye
Brotbacken

Gäste:
Dilek Kolat
Raed Saleh

Musik
DJ Chris

Moderation
Alexander Kulpok

Die Familienfarm-Schänke
sorgt für Essen und Getränke
Bratwurst, Steaks und andere Speisen

Familienfarm im Freizeitparks Lübars
Alte Fasanerie 10; 13469 Berlin-Reinickendorf
Fahrverbindungen:
Bus X21 (Endhaltestelle Quickborner Straße) oder
Bus M21 (Quickborner Straße/Treuenbrietzer Str.)
Beide Buslinien haben Anschluss an den U- und S-Bahnhof Wittenau.
Tram M1 (Endhaltestelle Rosenthal Nord)

Foto: RZ